

Fotodokumentation der Antennenanlage auf einem Kirchendach in Niedersachsen

Die Stasi überwachte seit den 1950er Jahren den Amateurfunk sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik. Sie schickte u. a. einen IM nach Niedersachsen, um die Antennenanlage eines Amateurfunkers genauestens zu dokumentieren.

Die Überwachung des Amateurfunks hatte für das Ministerium für Staatssicherheit von Beginn an eine hohe Priorität. Denn das MfS war davon überzeugt, dass die westdeutsche Regierung die ostdeutschen Funkamateure zur Übermittlung von Spionagematerial und DDR-feindlichen Informationen instrumentalisierte. Im Februar 1953 legte die DDR mit der "Verordnung über den Amateurfunk" erste Richtlinien fest und führte ein Genehmigungsverfahren ein. Für die DDR-Funkamateure galt fortan, dass sie nur noch mit offizieller Genehmigung senden und empfangen durften.

Den Funkverkehr sah die Stasi nicht nur Anfang der 1950er-Jahre als eine Gefahr an, sondern auch während des Ungarn-Aufstands 1956, des Prager Frühlings 1968, nach dem Transitabkommen 1971 mit erleichterten Reisebedingungen sowie während der Verhängung des Kriegsrechts in Polen Anfang der 1980er-Jahre, kurzum: immer wieder während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR.

Die Amateurfunker in Ost- und Westdeutschland stellten für die Stasi ein doppeltes Risiko dar. Einerseits waren die DDR-Funker, wie alle DDR-Bürgerinnen und -Bürger beim grenzübergreifenden Radio- und Fernsehempfang, im Funkverkehr "dem westlichen Einfluss ausgesetzt", sodass das MfS eine "politisch-ideologische" Beeinflussung befürchtete, die gegen die DDR gerichtet war. Auch konnten die Amateurfunker selbst aktiv an der innerdeutschen und (außer)europäischen Kommunikation teilnehmen. Nach der Überzeugung der Stasi bestand das ständige Risiko, dass via Funk wichtige Informationen die DDR unkontrolliert verlassen würden, da eine flächendeckende Abschottung der elektromagnetischen Wellen nicht möglich war.

Um den innerdeutschen Kontakt zwischen den Funkamateuren sowie den Kontakt der westdeutschen Funker in andere sozialistische Staaten flächendeckend überwachen zu können, eröffnete das MfS 1973 den Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) "Frequenz". Alle Fälle, bei denen die Stasi von einer feindlichen "Ausnutzung des Amateurfunks [...] gegen die DDR und andere sozialistischer Staaten" ausging, wurden in diesem Überwachungsvorgang zusammengefasst (BArch, MfS, AOP 7153/82, Bd. 1, Bl. 26).

In einem Teilvorgang dieses ZOV wurde auch Ludwig Barßel (Anm. d. Red.: Name geändert), ein Pfarrer aus Niedersachsen überwacht. Er war Mitglied der "Convenia's-Runde", einer Gruppe von Amateurfunkern aus verschiedenen Ländern, die insbesondere durch Barßels Reisen nach Polen und seine Kontakte zu polnischen Funkamateuren ins Visier der Stasi geriet. Die Stasi befürchtete, dass Barßel mithilfe von polnischen Funkamateuren "revolutionäres" Gedankengut nicht nur weiterverbreiten, sondern in der Bundesrepublik massive Unterstützung finden und damit unmittelbar auch eine Gefahr für die DDR werden könnte. Die Stasi betrieb jahrzehntelang einen immensen Aufwand und überwachte Barßel bis 1989 intensiv. Dennoch gelang es dem MfS nicht, den Pfarrer zu belasten.

Die Wohn- und Wirkungsstätte von Barßel bespitzelte die Stasi verglichen mit anderen Überwachungen in der Bundesrepublik sehr intensiv. Stasi-Spitzel überprüften nicht nur die Adresse des Pfarrers, sondern kundschafteten auch die angrenzende Schule, die Nachbarschaft und das gesamte Kirchengelände aus.

Besonders über die verwendete Funkantenne wollte die Stasi mehr Informationen erhalten. Denn Ludwig Barßel funkte nicht nur auf einem Funkabschnitt, sondern auf allen für den Amateurfunk zur Verfügung stehenden Frequenzbereichen, einschließlich dem Funkfernsehen und dem Schmalbandfernsehen.

Signatur: BArch, MfS, HA III, Nr. 15217, Bl. 195

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BArch

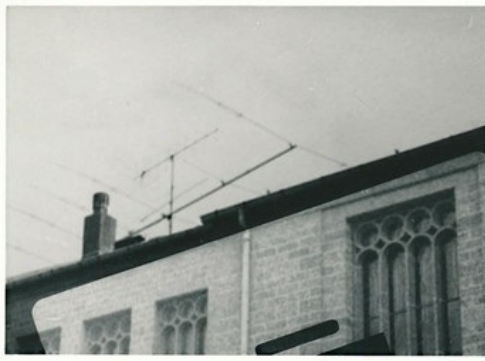
Datum: 1981-1989

Fotodokumentation der Antennenanlage auf einem Kirchendach in Niedersachsen

Anlage

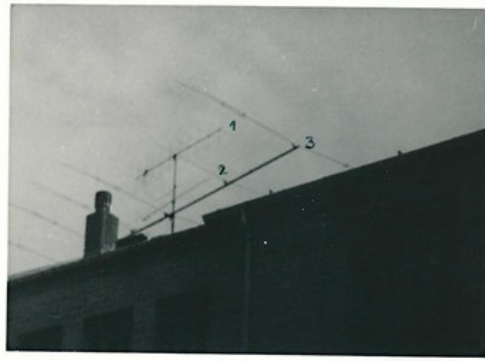
Antennenanlage auf dem Dach der Kirche
- vermutlich Clubstation

BStU
006195



Antennenmast ist offensichtlich feststehend
Antennenrichtung: östlich (Rtg. Staatsgrenze der DDR)

Antenneneinschätzung



Mastbestückung (Funksende- und Empfangsantenne):

- 1) kreuzpolarisierte Yagi (kommerzielle Ausführung)
Frequenzbereich verm. VHF
- 2) kreuzpolarisierte Yagi (kommerzielle Ausführung)
Frequenzbereich verm. UHF
- 3) abstimmbare KW-Richtantenne
Frequenzbereich verm. 3 - 30 MHz
(11m - KW Band u. möglicherweise Funkfernschreiben)